

„Wir sind auf einem richtig guten Weg“

Einigung auf weitreichende, verbindliche Zusagen im Falle einer Fusion der Sparkassen

Gemeinsam mit dem Landrat und Verwaltungsratsvorsitzenden beider Sparkassen, Klaus-Peter Schellhaas und dem Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt und stellv.

Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse Darmstadt, Hanno Benz, haben sich die Vorstände beider Sparkassen auf weitreichende Zusagen für Mitarbeitende, Kunden und Träger der Sparkassen geeinigt, sollten die beiden Sparkassen sich zusammenschließen.

„Seit einigen Monaten führen wir mit allen Beteiligten vertrauensvolle Gespräche über den Zusammenschluss. Unser Ziel ist, beide Sparkassen langfristig gut und krisenresistent aufzustellen, um noch besser für die Region wirken zu können. Wir sind davon überzeugt, dass die Fusion der richtige Weg ist, um auch in Zukunft ein stabiler Anker für die Kundinnen und Kunden, ein verlässlicher Partner für die Region und ein Motor für die Geschäftswelt zu sein – mit attraktiveren und noch besseren Leistungen als bisher, auch in neuen Geschäftsbereichen.“ erläutern die Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Dieburg und der Sparkasse Darmstadt, Markus Euler und Dr. Sascha Ahnert.

„Aktuell ist der richtige Zeitpunkt für eine Fusion, denn keine der Sparkassen muss Kompromisse eingehen, die sie nicht vertreten kann. Im Gegenteil, wir sprechen seit dem ersten Tag auf Augenhöhe miteinander und haben weitreichende, verbindliche Vereinbarungen getroffen, die die Interessen aller Beteiligten – insbesondere die der Mitarbeitenden - in den Vordergrund stellen.“

Mit den folgenden verbindlichen Absprachen, die die Sparkassen für die geplante Fusion schon jetzt getroffen haben, fühlen sich beide Vorstände für den weiteren Prozess gut aufgestellt: „Wir sind auf einem richtig guten Weg, um für alle Interessen die bestmöglichen Voraussetzungen für die Zukunft zu schaffen“.

Verbindliche Zusagen der Fusion beider Sparkassen	
Augenhöhe	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Partnerschaftlicher Zusammenschluss auf Basis von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit beider Sparkassen unabhängig von der jeweiligen Größe.
Mitarbeiter	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Es erfolgen keine fusionsbedingten oder betriebsbedingte Kündigungen. ✓ Besitzstände werden gewahrt.
Standorte	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Das Angebot der Sparkasse vor Ort bleibt erhalten. ✓ Die Standorte Darmstadt und Groß-Umstadt sollen mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausgestattet werden. ✓ Groß-Umstadt soll mit besonders relevanten Ressorts zu einem fachlichen Schwerpunkt-Zentrum der Sparkasse ausgebaut werden.
Spenden und Sponsoring	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Spenden- und Sponsoring sollen mindestens auf dem bisherigen Niveau erhalten bleiben. Alle Kommunen im Geschäftsgebiet der fusionierten Sparkasse werden angemessen berücksichtigt.
Ausschüttung	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Das Ausschüttungsniveau soll auf ein neues, höheres Niveau angehoben werden, sofern nach Kapital-, Ertrags- und Risikolage möglich.
Gewerbesteuer	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Gleicher Verteilungsmaßstab: nach Einlagen und PLZ. ✓ Höhe für die einzelnen Kommunen: nahezu analog der Vorjahre gemäß Durchschnitt der letzten 10 Jahre. ✓ Erhalt des bisherigen Niveaus für die Kommunen.
Kommunalbeirat	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Mit der Fusion wird ein Kommunalbeirat eingerichtet, der eine breite Partizipation und Integration kommunaler Interessen sicherstellt. ✓ Alle Kommunen im Geschäftsgebiet der fusionierten Sparkasse werden unabhängig von einer Trägerfunktion Mitglied des Kommunalbeirates ✓ Zielsetzung des Kommunalbeirats: <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßiger, fachlich intensiver Dialog über wesentliche regionale und strategische Sparkassenthemen zur Unterstützung der Wahrnehmung des öffentlichen Auftrags. • Plattform, um gegenseitige Erwartungen und Interessen auszutauschen und gemeinsam Lösungen für relevante Problemstellungen zu entwickeln.
Sperrminorität	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Es wird sichergestellt, dass bei satzungsrelevanten Entscheidungen die Interessen auch kleinerer Kommunen angemessen Berücksichtigung finden.